Bericht

Veranstaltung: Fortbildungsreise nach Sizilien, 15. bis 22. April 2018

Veranstalter: RIV, Fachgruppe Europarecht und Internationale Richterzusammenarbeit

Berichterstatlerin: Mag. Christine Gödl, Richterin/BMVRDJ, 17. Oktober 2018

Die Fachgruppe Europarecht und Internationale Richterzusammenarbeit veranstaltete im April 2018 eine Studienreise nach Sizilien, wo Besuche bei Behörden und Institutionen in Palermo, Catania und Syrakus auf dem Programm standen. Abgerundet wurde das Programm durch Besichtigungen der genannten Städte, Piazza Armerina mit den weltberühmten Mosaiken der Villa Romana del Casale und einem Ausflug auf den Ätna mit anschließendem Besuch von Taormina.

Die Vertreter der Gastinstitutionen, die bereits im Vorfeld sehr engagiert an der Vorbereitung des Programms mitgewirkt hatten, gaben einen umfassenden und interessanten Einblick in ihre Tätigkeit und die Herausforderungen der Arbeit von Behörden, die mit illegaler Migration und organisiertem Verbrechen in großer Zahl täglich konfrontiert sind. Die Vertreter der Gastinstitutionen ließen es sich – gemäß der in Sizilien besonders gepflogenen Gastfreundschaft und Großzügigkeit – auch nicht nehmen, beispielsweise eine Dolmetscherin für die deutsche Sprache kostenlos zu organisieren (Direzione Investigativa Antimafia).

Da die Veranstalter der Reise großen Wert darauf legten, einen möglichst umfassenden und vielschichtigen Einblick in die Besonderheiten Siziliens zu geben, konnte durch tatkräftige Unterstützung der österreichischen Honorarkonsulin in Palermo, Frau Dr. Salcher-Cillari, auch ein Besuch bei Bürgermeister Leoluca Orlando organisiert werden.

Direzione Investigativa Antimafia (DIA)

Diese am Rande von Palermo situierte Behörde ist auf polizeilicher Ebene für Ermittlungen und Vermögenskonfiskationen in Strafverfahren mit Mafia-Bezug zuständig.

Die Vortragenden führten zunächst in die außergewöhnliche Geschichte Siziliens ein. Im Laufe der Jahrhunderte haben sich hier 18 verschiedene Ethnien angesiedelt, wodurch sich auch die Quelle der sizilianischen Lebensphilosophie erklären lässt: *ospità, accoglià, autonomia culturale* (Gastfreundschaft, Aufnehmen, kulturelle Autonomie). Bedingt durch diese Mentalität habe aber auch die Kriminalität in Form der Mafia deswegen leicht Verbündete gefunden. Mafioso ist ein Krimineller, aber auch eine Person, die um die Gunst des anderen wirbt. Der Mafioso sei daher schwer in der Gesellschaft zu identifizieren, was die Ermittlungen schwierig mache. Spezialisierung der Ermittler sei daher sehr wichtig.

Die Bekämpfung der Mafia sei wie ein Bürgerkrieg gemessen an der Zahl der Opfer, der Gewaltbereitschaft, der involvierten Persönlichkeiten und Organisationsstrukturen. Richter, Polizisten,

sogar Priester wurden im Laufe des Mafiakrieges ermordet, viele von ihnen Sizilianer. Der Staat habe das Phänomen Mafia zunächst nicht gut genug bekämpft, sodass sich die Mafia in den USA und auch in Nordeuropa ausbreiten konnte. In den 1980er Jahren waren die Ermittlungsstrukturen noch nicht vereinheitlicht. Ende der 1980er Jahre habe man erkannt, dass eine Spezialbehörde notwendig war. Aus diesem Grund wurde die DIA eingerichtet und bestimmte Normen erlassen, um dem Phänomen Mafia besser zu begegnen, insbesondere im Bereich Vermögensabschöpfung. Auf Regierungsebene sah man ein, dass neue gesetzliche Mittel geschaffen werden mussten, um die Mafia wirksam zu bekämpfen. Besonders wichtig war in diesem Zusammenhang die Konfiskation. In den Strafverfahren wird festgestellt, was illegal erworben wurde und der Zivilgesellschaft restituiert. Zitat: Was dem Mafioso am meisten am Herzen liegt, ist sein Vermögen. Dazu brachte der Vortragende ein Beispiel aus seiner eigenen Ermittlungstätigkeit: 1996/97 wurde gegen einen 80jährigen Boss aus Marsala ermittelt, der bis dato der Behörde völlig unbekannt war. Einige Kronzeugen hatten ausgesagt, dass er der Boss in der Gegend des Bahnhofes sei. Es sollten Zwangsmaßnahmen angeordnet werden, worauf dieser Boss Selbstmord beging. Nach damaliger Rechtslage beendete der Tod des Verdächtigen das Verfahren, sodass die Konfiskation nicht mehr möglich war.

Die DIA hat zwei Aufgaben: einerseits ist sie Ermittlungsbehörde, andererseits tätig in der Vermögenskonfiskation, auch in der Prävention. In den letzten Jahren wurden gute Erfolge erzielt. Dennoch müsse man wachsam sei, da sich die Mafia schnell anpasse und allgegenwärtig sei. Es sei wichtig, Ermittlungen weiterzuführen, Vermögen zu beschlagnahmen und den jungen Sizilianern ökonomische Alternativen zu bieten. Erst nach 1992 habe ein sozialer Prozess begonnen und in der Gesellschaft sei allmählich ein Problembewusstsein entstanden.

Die Vortragenden betonten die besondere Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Zur österreichischen Polizei bestehen sehr gute Kontakte, allerdings sei die italienische Gesetzeslage nicht kompatibel mit jener in anderen EU-MS wie AT, DE, SE, NL.

Die Vertreter der DIA wiesen auch darauf hin, dass die Mafia als solche in Österreich schlecht eindringen könne. Das würden auch die Mafiosi wissen. Ein Mafia-Angehöriger, der seinen Einfluss nach Österreich ausdehnen wolle, würde sich wie ein Parasit verhalten: er verstecke sich, bereichere sich, benehme sich wie ein normaler Bürger; er mache Geschäfte, importiere aber illegal erworbenes Geld und schaffe so ein ökonomisches Ungleichgewicht.

Die Vortragenden wiesen auf die besondere Bedeutung einer effektiven Bekämpfung dieser Kriminalitätsform hin und baten um Erhöhung der Sensibilität im Bereich der Rechtshilfe bei Sachverhalten, denen ein Mafia-Bezug zugrunde liegt. Sollte daher in Österreich der Verdacht einer Mafiatätigkeit aufkommen, möge Kontakt mit der DIA aufgenommen werden.

In den anschließend gezeigten Filmen mit Original-Filmmaterial von Einsätzen wurde den Teilnehmern eindrücklich vor Augen geführt, mit welcher brutalen Form der Kriminalität man es mit der Mafia zu tun hat. Der Sohn jenes Kronzeugen, welcher im Zusammenhang mit dem Attentat von Capaci, bei welchem der Untersuchungsrichter Giovanni Falcone ermordet wurde, ausgesagt hatte, wurde unter anderem in einem Erdloch gefangen gehalten, welches kaum ausreichte, um darin aufrecht zu stehen. Zudem zeigten die Aufnahmen das größte gefundene Waffenarsenal (darunter Kriegsmaterialien aus tschechischen Beständen wie Sprengstoffe, Raketen, Granatwerfer).

Die Tätigkeit der DIA im Bereich Prävention (präventive Ermittlungen) umfasse Sicherstellungen, Beschlagnahmen, finanzielle Analysen zu Geldwäsche-Verdachtsmeldungen und Monitoring bei Auftragsvergaben.

Auch im Bereich des Strafvollzuges wurden nach dem Attentat von Capaci strengere Regeln erlassen. Bis 1992 war die Lage der Häftlinge insofern skandalös, als sie – wie normale Häftlinge – Besuche erhielten und dadurch ihre Position weiter behaupten konnten. Auch konnten sie sich Essen und Getränke etc. liefern lassen. Nach dem Attentat von Capaci hatten die Mafia-Häftlinge Champagner getrunken. Dies war der Hintergrund für die Schaffung des Artikel 41bis des italienischen Strafvollzugsgesetzes. Vorher ließen sich Personen beispielsweise verhaften, um die Gelegenheit zu haben, sich im Gefängnis mit den Bossen auszutauschen.

Obwohl Artikel 41bis des italienischen Strafvollzugsgesetzes sehr strenge Haftbedingungen vorsehe, finden die Bosse Möglichkeiten der Kommunikation.

Aktuell konzentrierte sich das Interesse der Mafia auf die Kontrolle von öffentlichen Auftragsvergaben, Erpressungen (Schutzgeld) und Suchtmittelhandel. Im Bereich der illegalen Einwanderung seien andere Gruppierungen aktiv.

Landesgericht und Oberlandesgericht Palermo

Präsident Matteo Frasco vom Landesgericht Palermo begrüßte die Gruppe und wies darauf hin, dass dieser Tage im Gerichtsgebäude ein wichtiger Mafia-Prozess stattfindet. Die Richter Giovanni Falcone und Roberto Borsellino haben die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden nachhaltig geprägt. Falcone verwies stets auf die ökonomischen Interessen der Mafia und dass man den Bewegungen des Geldes folgen müsse (Zitat Falcone: „Per prendere i mafiosi, devi seguire i denari.“). Schon sehr früh wurde bei der Staatsanwaltschaft Palermo der Anti-Mafia-Pool gegründet. Falcone erreichte auch den ersten großen Prozess gegen die Mafia (Maxi-Prozess) in den 1980er Jahren. Zu dieser Zeit waren die Mafia und die Wirtschaftswelt eng vernetzt. Derzeit beobachtet man eine Globalisierung der Mafia, die Ermittlungen werden nun oft wegen Korruption geführt (Teilnahme auf dem Markt, öffentliche Auftragsvergaben). 2013 wurde im Europäischen Parlament eine Resolution verabschiedet, die Korruption als globales Phänomen definierte. Korruption sei auch ein ökonomisches Problem, sie verfolge einen zerstörerischen Zweck. Ihre Bekämpfung sei von besonderer Wichtigkeit: es bedürfe einer gemeinsamen Strategie aller Staaten, die Normativsysteme müssen vereinheitlicht sein, Anti-Geldwäsche-Bestimmungen müssen zeitgerecht umgesetzt werden.

Anschließend erläuterte der Richter des Tribunale di Palermo, Dott. Crisucudi, die Grundlagen des italienischen Justizsystems in Zivilsachen und wies auf das seit 2015 bestehende IT-Projekt hin: Klagen werden per Mail eingebracht, Verhandlungen online ausgeschrieben, Zugang zu den Verhandlungen und Dokumenten habe man nur mit Zugangsberechtigung. Papierdokumente würden nicht mehr erforderlich sein.

Staatsanwaltschaft Palermo

Francesca Mazzatto von der Staatsanwaltschaft Palermo gab einen Überblick über die Organisation der Behörde in Palermo. Dort sind 60 Staatsanwälte tätig, die in Gruppen organisiert sind. Einer Gruppe gehört ein Staatsanwalt maximal 10 Jahre an. Staatsanwälte werden in Italien wie Richter „magistrati“ genannt und haben daher die gleichen Rechte. Der Staatsanwalt leitet das Ermittlungsverfahren, das vom Wahrheitsgrundsatz getragen wird. Handelt es sich um ein Verfahren mit Mafia-Bezug, seien nach dem Gesetz zahlreiche vorläufige Maßnahmen, die teilweise massiv in Grundrechte eingreifen, zulässig. Diese Maßnahmen unterliegen allerdings der richterlichen Kontrolle. Erleichterungen bei Mafia-Kriminalität seien beim Beweismaß vorgesehen und bei der Dauer der Maßnahmen. Die Anti-Mafia-Ermittlungen sind zentralisiert. Es gibt spezielle Regelungen für Kronzeugen, erweiterte Konfiskationen und Mafia-Straftaten verjähren nicht. Bei der StA gibt es eine eigene Abteilung für Mafiefälle, nicht aber bei Gericht. Hier richtet sich die Zuständigkeit nach dem

Tatort. Derzeit seien hunderte Ermittlungsverfahren mit Mafia-Bezug anhängig, es gebe etwa 20 Verhandlungen pro Jahr und nur mehr etwa zwei bis drei Mafia-Morde pro Jahr. Für Staatsanwälte und Richter seien Schutzmaßnahmen vorgesehen.

Richtervereinigung

Anschließend begrüßte uns die Präsidentin der Richtervereinigung Giovanna Nozzetti und führte uns durch die im Gerichtsgebäude untergebrachte, eindrucksvolle Dauerausstellung zu „Falcone – Borsellino“. Die Zimmer der beiden Magistrati sind wieder in ihren Originalzustand zurückversetzt worden, zur Einsicht liegen handgeschriebene Ermittlungsakten von Falcone sowie zahlreiche andere Erinnerungsstücke auf. Ehemalige Mitarbeiter von Borsellino und Falcone erzählten der Gruppe zahlreiche persönliche Eindrücke und Erinnerungen, die ein lebendiges Bild dieser engagierten und zukunftsorientierten Richter, aber auch der Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt wurden, zeichnen. Die Dauerausstellung dient vor allem auch der Bewusstseinsbildung bei Schülern und Studenten, die diese im Rahmen des Unterrichts besuchen.

Besuch beim Kulturstadtrat Andrea Cusumanu

Die Gruppe wurde von Kulturstadtrat Andrea Cusumanu empfangen, der in deutscher Sprache einen Vortrag über Sizilien aus kulturhistorischer und soziologischer Sicht hielt, wobei natürlich auch der (kulturelle) Kampf gegen die Mafia erwähnt wurde. Im Juni 2018 fand in Palermo die Manifesto statt, das ist die Biennale für zeitgenössische Kunst. Das Logo der Manifesto bestehe aus vier in verschiedenen Sprachen geschriebenen „P“, arabisch, phönizisch, griechisch und hebräisch. Viele sizilianische Familien haben jüdische Wurzeln, dieses Jahr werde, nach 500 Jahren wieder eine Synagoge eröffnet. Die Kultur Siziliens sei gemischt. So habe man einen Wanderweg, den arabisch-normannischen Weg eröffnet, an dem die vier verschiedenen Kulturen ihre Spuren hinterlassen haben.

Leoluca Orlando, der Bürgermeister von Palermo, habe den interkulturellen Dialog zu einem Hauptthema erklärt. Sizilien mit seiner Lage in der Mitte des Mittelmeeres und Palermo als Siziliens Hauptstadt seien dafür wie geschaffen. 2015 wurde die Charta von Palermo veröffentlicht, worin das Migrationsphänomen als andere Seite der Globalisierung beschrieben werde, als nicht aufhaltbar, und zwar nicht nur aus der Sicherheitsperspektive. Die Mafia (das Schweigen) habe das Bild Siziliens geprägt, als Kultur in sich. Derzeit finde die Neuausrichtung Palermos statt und werde auch von der internationalen Presse bemerkt. Die Manifesto sei ein Teil dieser Neuausrichtung. Diese Beachtung von der internationalen Gemeinschaft wirke sich auch auf das Selbstbild der Palermitaner aus. Ein Beispiel zur Mafia: das weltberühmte „Teatro Massimo“ sei seit den 50er Jahren für circa 25 Jahre geschlossen gewesen und niemand habe gefragt, warum dies so ist. Das Schweigen hatte die Gesellschaft fest im Griff. Kultur bedeute daher auch eine Gefahr für die Mafia.

Besuch bei Bürgermeister Leoluca Orlando

Beim anschließenden Vortrag des Bürgermeisters in deutscher Sprache im historischen Ratssaal von Palermo erzählte uns Orlando seine persönlichen Beweggründe für seinen Kampf gegen die Mafia. Ausschlaggebend war der Mord an Piersanto Mattarella, damals Regionalpräsident Siziliens, am 16. Jänner 1980 und das Engagement des jungen Staatsanwaltes Pietro Grasso, der ein Berater Mattarellas war. Dies habe zu seinem Engagement in der Politik geführt. Wesentlich sei, das Schweigen zu brechen und Augen und Münder der Menschen zu öffnen. Früher habe der gesellschaftliche Code vorgeherrscht, nichts zu sehen - zu reden - und zu hören. Mittlerweile habe sich das Bewusstsein und die Einstellung vieler Menschen in Palermo und auch in Sizilien zum Positiven verändert.

Leoluca Orlando erläuterte auch die Charta von Palermo. Migration werde als Potential begriffen. Ein guter Dialog der Behörden zu den verschiedenen Communities sei wichtig. Beispiel: Bangladesch – die Meldungen von Migranten über gefordertes Schutzgeld führte zur Verhaftung mehrerer palermitanischer Mafiosi.

Poetisch gesprochen sei Palermo mit all seinen Bewohnern ein Mosaik. Ein Mosaik braucht einen Rahmen und das sei der Respekt vor den Menschenrechten. Es sei wesentlich, dies allen zu kommunizieren. Da in Palermo ein guter gesellschaftlicher Dialog vorherrsche, der von der Politik gefördert werde, habe die „Liste gegen die Migration“ bei der vergangenen Wahl nur rund 1% der Stimmen bekommen.

Gefragt nach seiner persönlichen Situation antwortete Orlando, dass die positive Veränderung der Lebenssituation und des Alltags der Palermitaner seine Sicherheit sei. Seit Juli 1985 sei er jedoch nicht mehr alleine spazieren gegangen (vgl. auch seine Autobiographie „Ich sollte der nächste sein“).

Nach einem Transfertag, an dem die Gruppe Gelegenheit hatte, die antike Villa Romana del Casale bei Piazza Armerina zu besuchen, wurde das Fachprogramm in Catania und Siracusa fortgesetzt.

Siracusa International Institute for Criminal Justice and Human Rights

Das Institut wurde 1972 von der International Association of Penal Law (AIDP) gemeinsam mit der Region Sizilien, der Stadt, der Provinz und der Handelskammer Siracusa gegründet. Es ist eine Nichtregierungsorganisation und wird vom italienischen Außenministerium anerkannt. Das Institut hat bei den Vereinten Nationen und dem Europarat einen „special consultative status“. Ziele des Instituts sind die Verbreitung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, wobei das Institut zum internationalen Frieden und der Sicherheit sowie zur Beendigung der Straflosigkeit von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord beitragen, sowie den Kampf gegen transnationale Kriminalität wie organisiertes Verbrechen und illicit trade unterstützen will.

Derzeit richtet sich die Aufmerksamkeit und der Teilnehmerkreis vor allem auf die Mittelmeeranrainerstaaten wie zB Ägypten. Es wird derzeit ein Projekt zur Bewusstseinsbildung im ägyptischen Justizsektor veranstaltet, an dem zahlreiche ägyptische Staatsanwälte schon teilgenommen haben. Sie werden mit den Grundrechten und internationalen Menschenrechten vertraut gemacht und sollen dieses Wissen an ihre Heimatbehörden weitergeben. Außerdem unterstützt das Institut die Zivilgesellschaft, hier ist zB ein Projekt im Libanon zur Thematik Unabhängigkeit der Justiz anhängig. Daneben veranstaltet das Institut auch Trainings für Richter und Staatsanwälte, die nicht länger als 10 Jahre ernannt sein sollen in englischer und französischer Sprache sowie Spezialisierungskurse. Inhaltlich beschäftigen sich die Kurse derzeit mit organisierter Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel. Es werde ein rechtsvergleichender Ansatz gewählt, 12 nationale Experten wurden nominiert, die einen Länderbericht schreiben und praktische Probleme identifizieren sollen, um spezielle Trainings und Empfehlungen auszuarbeiten. Daneben gibt es 5 technische Assistenz-Projekte in Ägypten, Tunesien, Kosovo und 2 Research-Projekte.

Landesgericht Catania und Staatsanwaltschaft Catania

Da im selben Gebäude auch das Oberlandesgericht Catania untergebracht ist, wurde die Gruppe vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Catania empfangen. Dieser verwies in seinen Begrüßungsworten auf die Wichtigkeit des Austausches zwischen den Justizbehörden verschiedener Staaten. Viele kulturelle Gemeinsamkeiten bestehen mit Österreich und dem deutschsprachigen Raum. In dieser Bibliothek seien Bücher aus dem 18. und 19. Jahrhundert in deutscher Sprache erhalten, man knüpfe im Bereich der internationalen Zusammenarbeit daher an eine lange Tradition an. Es sei wichtig, sich

der gemeinsamen kulturellen Basis bewusst zu sein. Anschließend begrüßte der Präsident des Landesgerichts die Teilnehmer. Man wolle uns einen Einblick in das derzeit wichtigste Gebiet der Thematik Migration bieten. Der Großteil der Migranten lande im Sprengel des Oberlandesgerichts Catania, es seien dann von den Behörden nicht nur Fragen der Menschenrechte, sondern auch Aufenthalt und gesundheitliche Aspekte zu prüfen. Daneben seien Ermittlungen gegen kriminelle Organisationen zu bewältigen.

Der Präsident des Landesgerichts Catania begrüßte die Teilnehmer in deutscher Sprache. Für die österreichische Delegation wurde eine Reihe von Vorträgen vorbereitet, insbesondere mit Blick auf die Migrationsthematik. Zunächst führten die Richterin Lucia de Bernardin, die eingangs an ihr Studienjahr im Rahmen von Erasmus in Salzburg erinnerte, einen Überblick über die Auswahl der Richter in Italien. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde 1948 ein neues System der Richterauswahl geschaffen, das keinem politischen oder anderen Einflüssen ausgesetzt sein sollte. Auch wurde ein Organ der Selbstorganisation der Richter geschaffen, der Consiglio superiore della Magistratura. Die Richterausbildung wurde vereinheitlicht. Die Scuola superiore della Magistratura, die im Jahr 2014/15 ihren Betrieb aufnahm, befindet sich in Florenz. Nach einer theoretischen Ausbildung von 18 Monaten, teils in der Justizschule, teils an verschiedenen Gerichten, folgt ein Praktikum von 2 Jahren, an das die Prüfung anschließt, die einmal pro Jahr in Rom stattfindet. Bereits ernannte Richter müssen ein Mal pro Jahr eine Fortbildungsveranstaltung an der Justizschule besuchen. Trotz dieser fundierten Ausbildung mangelt es den Gerichten an Personal, da von 9.000 Planstellen nur 8.000 besetzt sind.

Antonio Finchera führte in dem darauf folgenden Vortrag in die Geschichte des italienischen Zivilgesetzbuches ein, welches aus dem Jahr 1942 stammt und noch immer in Kraft steht. Jene Normen, die durch die EU erlassen wurden, wurden durch eigene Gesetze in das italienische Recht umgesetzt. Italien wird oft in einem Atemzug mit langer Verfahrensdauer genannt. Der EGMR hat Italien wiederholt wegen der Verfahrensdauer verurteilt, so dauern Zivilverfahren im Schnitt 3 bis 10 Jahre. Eine Besonderheit der italienischen Zivilprozessordnung sind die Honorarrichter, die unter den Anwälten oder Personen, die einen vergleichbaren Abschluss haben, gewählt werden. Eigentlich sollten diese Honorarrichter eine sehr limitierte Rolle spielen, beispielsweise über Verkehrsunfälle mit geringem Schaden urteilen. Problematisch ist, dass aufgrund des herrschenden Richtermangels einige dieser Honorarrichter schon 15 bis 20 Jahre ernannt sind. Sie werden pro Verhandlung entlohnt. Ursprünglich waren sie als Richtersubstituten gedacht, machen aber mittlerweile schon 15% innerhalb der Richterschaft aus, ohne aber deren Fortbildungen zu erhalten.

Sizilien verfügt über ein Berufungsgericht pro Region: Corte d'Appello di Catania, Palermo, Caltanissetta und Messina. Gegen die Urteile der Berufungsgerichte ist ein Rechtszug an den Corte di Cassazione vorgesehen, der über Rechtsfragen entscheidet. Gründe für die Verfahrensdauer sind einerseits bestimmte Regelungen in der italienischen ZPO, andererseits die enorme Anwaltsdichte in Italien.

Nach einer angeregten Fragerunde führten uns Nuvola Benanti und Simona Ragazzi in die italienische Strafprozessordnung ein. 1988 wurde diese in Italien novelliert und in den vergangenen 25 Jahren erfolgten mehr als 80 Änderungen dieses Gesetzes. Das Vorverfahren wird vom Staatsanwalt geführt, für die Bewilligung von Zwangsnahmen ist der Untersuchungsrichter zuständig. Aktuelle Fälle, mit der die Staatsanwaltschaft Catania befasst ist, ergeben sich insbesondere aus der seit 2015 anhaltenden Migrationsbewegung aus Tunesien, Libyen und Ägypten, die zur Einrichtung einer eigenen Gruppe der StA betreffend Menschenhandel führten. Das typische Vorgehen der Schlepper ist, die Boote mit den Flüchtlingen einfach zurückzulassen, dann rufen die Migranten die Rettungsschiffe an, die Nummern dazu geben ihnen die Schlepper. Das Aussetzen der Boote erfolgt stets in internationalen

Gewässern. Die strafrechtliche Verfolgbarkeit gestaltet sich daher nicht einfach. Es wird wegen krimineller Organisation und Verstößen gegen das Einwanderungsgesetz ermittelt. Die Gruppen, gegen die ermittelt wird, können in 3 Ebenen gegliedert werden: zunächst jene Personen, die die Schiffe steuern; gefolgt von den Bossen und an dritter Stelle den Personen, die bereits in Italien sind und Häuser und Transportmittel für die Schlepper zur Verfügung stellen. Dies sind oft lokale kriminelle Organisationen, die daraus Profit ziehen. Wie bereits der Sachverhalt zeigt, ist zur Bekämpfung dieser Form der Kriminalität die internationale Zusammenarbeit besonders wichtig, gerade im Bereich Auslieferungsrecht und Rechtshilfe, sowie Sammlung von Beweismitteln. Die italienischen Behörden haben vielfältige Erfahrungen mit den betroffenen Mittelmeeranrainerstaaten gemacht. Auslieferungen scheitern oft daran, dass eigene Staatsangehörige nicht ausgeliefert werden oder MigrantInnenschmuggel nach ägyptischem Recht nicht strafbar ist. Im Falle von Libyen mangelt es an der effektiven Kontrolle des Territoriums durch die Zentralverwaltung, sodass Rechtshilfehandlungen faktisch nicht möglich sind (zB Telefonüberwachungen).

Nach diesem spannenden Einblick in die aktuellen Entwicklungen führte Simona Ragazzi, Tribunale di Catania, zum Thema Verfahrenslänge zurück. In Mafia-Verfahren sind Ermittlungen sehr viel schneller. 1982 wurde ein Gesetz erlassen, das bereits die Zugehörigkeit zur Mafia unter Strafe stellte und neue Ermittlungsansätze umgesetzt hat. Nunmehr sollte nicht mehr bloß ein Staatsanwalt mit einem Fall befasst sein, sondern ein Team, sodass im Falle des Ausscheidens eines Mitarbeiters die Informationen erhalten bleiben. Besonderes Augenmerk wurde in den Ermittlungen auf das Verfolgen der Geldflüsse gelegt und die internationale Zusammenarbeit. Waren im ersten Maxi-Verfahren gegen die Mafia nur 3-4 Kronzeugen aussagebereit, haben in der Zwischenzeit schon mehr als 1.250 kooperative Zeugen Aussagen gemacht. Weitere Besonderheiten bei Verurteilungen wegen Zugehörigkeit zur Mafia gibt es betreffend das Gefängnisregime (Artikel 41bis des italienischen StVG). Personen werden in Einzelzellen untergebracht, es sind weniger Besuche erlaubt, alle Briefe werden überwacht. Auch im Bereich Beschlagnahme sind die Regeln großzügiger: Güter, die mit der tatsächlich deklarierten Einkommenssituation nicht im Einklang stehen, können eingezogen werden und werden dann sozialen Zwecken zugeführt.

RiAA-Ausbildung (Universität Catania)

Der Besuch in Catania wurde abgerundet durch die Teilnahme an einer Vorlesung von Prof. Dr. Rosaria Sicurella und dem Richter des Corte di Cassazione Gaetano de Amicis im Rahmen der RiAA-Ausbildung, die an der Universität Catania stattfand. Thema war das Prinzip *ne bis in idem* im Zusammenhang mit dem Europäischen Haftbefehl. Behandelt wurden grundlegende Fragen wie die Wirkung einer staatsanwaltschaftlichen Einstellungserklärung im Rahmen der Prüfung des *ne bis in idem*. Im Anschluss an die Vorlesung nahm sich der Richter des Corte di cassazione, Gaetano de Amicis, noch Zeit, um uns über den Consiglio di Magistratura, das Selbstverwaltungsorgan der Richter, zu erzählen. Dieser Oberste Rat der Gerichtsbarkeit besteht aus 24 gewählten Mitgliedern, die zu zwei Dritteln von der Richterschaft und zu einem Drittel vom Parlament in gemeinsamer Sitzung gewählt werden sowie drei Mitgliedern von Amts wegen: dem Präsidenten der Republik, dem Präsidenten des Kassationsgerichtshofes und dem Generalprokurator beim Kassationsgerichtshof. Der Oberste Rat der Gerichtsbarkeit ist unter anderem zuständig für die Ernennung und Auswahl der Richter und Staatsanwälte, Disziplinarmaßnahmen und Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung.

Eine Fahrt auf den Ätna mit anschließendem Besuch von Taormina und dem weltberühmten Amphitheater rundeten das Reiseprogramm ab.

Fazit:

Aus den vielfältigen interessanten wie auch zum Teil tragischen Eindrücken stechen besonders die Gastfreundschaft und Großzügigkeit unserer italienischen Kollegen hervor, die uns mit besonderem Engagement von ihrer herausfordernden Tätigkeit erzählten. Bewusst wurde allen, wie wichtig in einem Europa des freizügigen Personenverkehrs und aller damit verbundenen Vorteile wie Herausforderungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist. Rasche und umfassende Rechtshilfe, Kommunikation, wo das nötig ist, und ein Kennenlernen anderer Rechtssysteme und Verstehen der Anforderungen unserer ausländischen Kollegen sind entscheidende Faktoren, um diesen Raum der Freiheit weiterhin zu sichern.